

SVP-Wahlkampfauftakt für die Grossratswahlen 2024

**«Damit Basel-Stadt sicher wird. SVP wählen.
Grossrat Pascal Messerli, Parteipräsident SVP Basel-Stadt
- es gilt das gesprochene Wort -**

Es ist für Sie wohl nicht überraschend, dass wir das Sicherheitsthema als Hauptthema unseres Wahlkampfes ausgesucht haben. Auch wenn wir schon viel erreicht haben, wie Lorenz Amiet vorher ausgeführt hat, gibt es noch viel zu tun!

Und es ist auch klar, es ist DAS Thema, welches die Bevölkerung wohl am meisten beschäftigt, weil es auch am meisten Einfluss auf unseren Alltag hat. Es wohl auch kein Zufall, dass nun – im Wahlkampf – auch andere Parteien dieses Thema für sich entdeckt haben. Doch seien Sie unbesorgt: Wenn es um mehr Sicherheit geht, ist es einzig die SVP, die konsequent bleibt. Auch in Zukunft.

So zeigen die Zahlen der jährlichen Kriminalstatistik sehr deutlich auf, wie es um Basel-Stadt steht. Diese Zahlen sind ein Armutszeugnis für die links-grüne Politik in Basel-Stadt! Wir sind mit Abstand der kriminellste Kanton und mit Abstand auch die gewalttätigste Stadt der Schweiz.

Währenddem in Basel-Stadt 145,2 Straftaten pro 1000 Einwohner begangen werden, sind es im anderen Grenzkanton, Genf, lediglich 93,5%. Von 2022 auf 2023 ist die Zahl der Delikte um 13% gestiegen. Im Städtevergleich zeigt sich ebenfalls das Ausmass der missraten links-grünen Sicherheitspolitik: 13,2 Straftaten pro 1'000 Einwohner werden hier begangen, mehr als in vergleichbaren Städten wie Genf oder Zürich die bei etwa 9 Straftaten liegen.

Und die Zahlen zeigen auch, was v.a. Hauptursache des Problems ist: Die Ausländer- und Asylkriminalität. 68% aller Delikte werden von Ausländern und Asylmigranten begangen, obschon sie prozentual in der Minderheit sind.

Dabei spielen das Asylchaos und die offenen Grenzen eine grosse Rolle! Die Statistiken zeigen sehr deutlich, dass ein Grossteil der Straftaten von Ausländern und Asylmigranten aus arabischen und afrikanischen Ländern begangen werden. Bei den Verstössen nach Strafgesetzbuch werden 41% aller Straftaten von Algeriern, Marokkanern oder Tunesiern begangen. Bei Delikten wie illegalen Einreisen verzeichnet die Statistik allein 50% aller Verstösse von Personen aus dem Maghreb oder Afghanistan.

Folge dieses massiven Anstiegs der illegalen Einreisen ist auch die verschärfte Grenzkontrollpraxis der Deutschen. Das bestätigte auch der Erste Staatsanwalt des Kantons Basel-Stadt und das zeigen auch die gesunkenen Zahlen illegaler Einreisen in die Bundesrepublik Deutschland. Grenzkontrollen sind also wirkungsvoll, leider erzählen ihnen SP-Bundesrat Beat Jans und die Basler Regierung nicht die Wahrheit. Sie wollen die Grenzkontrollen nicht, sie wollen unsere Bevölkerung offensichtlich nicht schützen und das Asylchaos nicht beheben.

Dabei sind nicht nur Deliktzahlen wegen dem Asylchaos sehr hoch. Das Asylchaos hat auch Einfluss in andere Bereiche. So steigen die Kosten für die Asylmigranten stark an und die Unterbringung wird immer schwieriger. Das Asylsystem ist faktisch kollabiert und SP-Regierungsrat Kaspar Sutter will weiterhin nichts dagegen unternehmen. Lieber belästigt er die Bevölkerung in den Wohnquartieren mit immer neuen Asylwohnheimen. So vertreibt er an der Inselstrasse langjährige Mieter aus günstigem Wohnraum oder kauft an der Reiterstrasse, im ruhigen Neubad-Quartier, gleich ein ganzes Hotel, um minderjährige Asylmigranten unterzubringen. Neben einem Kindergarten, Kindertagesstätten und einer Schule! Das müssen Sie sich einmal vorstellen.

Und unsere Polizei, die für die Sicherheit sorgen muss? Wird von Links-grün im Stich gelassen! Lieber beschwert man sich nach Demos öffentlichkeitswirksam über sie oder verlangt unsinnige PUK's, statt dass man die Polizei endlich mit Wertschätzung, besseren Arbeitsbedingungen und Löhnen stärkt.

Wir wollen, dass sich das ändert! Basel-Stadt muss endlich wieder sicher werden.

Wir verlangen deshalb, dass Polizisten besser entlohnt und das Korps aufgestockt wird. Wir verlangen, dass die Polizeipräsenz in den Quartieren erhöht wird und das an Gewalt- und Kriminalitätshotspots Videoüberwachung eingeführt wird. Sicherheitskritische Orte wie Unterführungen, Parkanlagen oder Brücken müssen besser beleuchtet werden.

Es dürfen keine Asylwohnheime mehr in Wohnquartieren errichtet werden. Mieter dürfen nicht länger für Asilmigranten vertrieben werden. Illegale Asilmigranten gehören umgehend rückgeführt und im Kampf gegen die illegale Migration müssen Grenzkontrollen eingeführt werden.

Es ist die Kernaufgabe eines Staates für die Sicherheit seiner Bevölkerung zu sorgen. Ich kann es deshalb nur nochmals wiederholen: Wenn es um die Sicherheit unserer Bevölkerung geht, haben Regierung und Parlament versagt.

Die von uns verlangten Massnahmen, die wir im Grossen Rat mit Nachdruck durchsetzen wollen, sind notwendig, damit Basel-Stadt wieder sicher wird. Das alles wird nur dann erreicht, wenn die SVP gewählt wird. Besten Dank.